



Mitteilung

Berlin, den 29. April 2021

**Die 81. Sitzung des Ausschusses für
Menschenrechte und humanitäre Hilfe
findet statt am
Mittwoch, dem 5. Mai 2021, 14:00 Uhr
10557 Berlin, Konrad-Adenauer-Str. 1
Paul-Löbe-Haus, Saal PLH E.800 und als
Videokonferenz unter Nutzung des
Systems Cisco-WebEx***

Sekretariat
Telefon: +49 30 227-33550
Fax: +49 30 227-36051

Sitzungssaal
Telefon: +49 30 227-30304
Fax: +49 30 227-36304

**Ministerien und Landesvertretungen, die an der
Videokonferenz teilnehmen möchten, werden
gebeten, dem Sekretariat ihre E-Mail-Adresse
mitzuteilen, damit die Zugangsdaten übermittelt
werden können.*

**Achtung!
Abweichender Sitzungsort!**

Tagesordnung - Öffentliche Anhörung

Einzigster Punkt der Tagesordnung:

Öffentliche Anhörung zum Thema:
**14. Bericht der Bundesregierung über ihre
Menschenrechtspolitik (Berichtszeitraum 1.
Oktober 2018 bis 30. September 2020) auf BT-
Drucksache 19/25000**

Gyde Jensen, MdB
Vorsitzende



Geladene Sachverständige

Lina Al-Hathloul

Schwester der saudi-arabischen Frauenrechtsaktivistin Loujain Al-Hathloul

Dr. Dr. David Berger

Publizist

Dr. Julia Duchrow

Abteilungsleiterin Politik und Activism, Amnesty International Deutschland und Mitglied im Koordinationskreis des Forum Menschenrechte

Martin Lessenthin

Vorstands- und Pressesprecher der Internationalen Gesellschaft für Menschenrechte e.V. (IGFM)

Dr. Jonas Pieper

Referent für übergreifende Fachfragen, Der Paritätische Gesamtverband

Dietmar Roller

Vorstandsvorsitzender der International Justice Mission Deutschland e.V. (IJM)

Neda Soltani

Referentin für gefährdete/geflüchtete Wissenschaftler/-innen an der Humboldt-Universität zu Berlin



**Fragenkatalog zur Anhörung des Ausschusses für Menschenrechte und humanitäre
Hilfe zum 14. Bericht der Bundesregierung über ihre Menschenrechtspolitik
(Berichtszeitraum 1. Oktober 2018 bis 30. September 2020) auf BT-Drucksache
19/25000**

**Lage der Menschenrechte und ihrer Verteidigerinnen und Verteidiger in autokratischen
Staaten**

1. Die COVID-19-Pandemie hat weltweit zu erheblichen Rückschritten bei der Sicherstellung grundlegender Menschenrechte geführt. Wie und mit welchen Mitteln nutzen autokratische Regime die Pandemiesituation für ihr Ziel, Menschenrechte nach innen sowie international einzuschränken und welchen Folgen hat dieses Vorgehen? Welche Staaten sind hier als negative Vorreiter zu nennen? Wie sollten westliche Demokratien dem begegnen, um eine Zurückdrängung der Menschenrechte aktiv zu verhindern? (CDU/CSU)
2. Der deutsche Außenminister ergreift immer wieder die Initiative und fordert Iran (aber auch andere autoritäre Regime) generell zur Beachtung der Menschenrechte und speziell zur Freilassung von Menschenrechtsverteidiger/innen und anderen Regimekritiker/innen auf. Wie groß sind nach Ihrer Einschätzung die Möglichkeiten der Einflussnahme auf autoritäre Regime insgesamt und auf den Iran im speziellen und durch welche Maßnahmen kann die Einflussnahme verbessert werden? (SPD)
3. Wie bewerten Sie die Stimmung in Iran nach den brutalen Einsätzen iranischer Sicherheitskräfte und den jüngsten Todesurteilen gegen Teilnehmer/innen an regimekritischen Demonstrationen und wie werden sich der Wechsel der US-Administration sowie die bevorstehende Wahl des iranischen Präsidenten auf die Situation der Menschenrechte im Iran und derer, die sie verteidigen, auswirken? (SPD)
4. Wo liegen die täglichen Herausforderungen von MenschenrechtsverteidigerInnen, die in autokratischen Staaten für eine Verbesserung der dortigen Menschenrechtssituation kämpfen? Welche Praktiken bedienen sich autokratische Staaten weltweit, um den zivilgesellschaftlichen Raum sowohl offline als auch online zu kontrollieren und einzuengen? (FDP)
5. Inwiefern können Staaten wie Deutschland und die internationale Staatengemeinschaft MenschenrechtsverteidigerInnen weltweit stärker schützen und unterstützen, die in ihren eigenen Ländern verfolgt und bedroht werden? (FDP)

Menschenhandel und sexuelle Ausbeutung

6. Mit der „Ware Mensch“ erzielt die organisierte Kriminalität inzwischen weltweit sogar höhere Profite als mit illegalem Drogen- und Waffenhandel. Die übergroße Mehrheit der Opfer werden in die sexuelle Ausbeutung gezwungen. Wo befinden sich die Brennpunkte weltweit und innerhalb Europas? Welche Schritte müssen auf europäischer



Ebene unternommen werden, um die Zwangsprostitution und die damit verbundenen schweren Menschenrechtsverletzungen gezielt zu bekämpfen? (CDU/CSU)

Situation in Deutschland: Coronakrise

7. Bitte erläutern Sie, welche politischen Maßnahmen von Seiten der Bundesregierung der aktuellen Armutsquote von 15,9 Prozent in Deutschland, welches der größte gemessene Armutswert seit der Wiedervereinigung mit über 13 Millionen Betroffenen ist, wirkmächtig und nachhaltig etwas entgegenhalten könnten und inwiefern es zutreffend ist, dass sich die Armutssituation durch die Corona-Krise verschärft hat und welche Maßnahmen die Bundesregierung ergreifen könnte, um in der Krise Abhilfe zu schaffen? (DIE LINKE.)
8. Bitte erläutern Sie vor dem Hintergrund der Mietpreisspirale, die sich in Deutschland weiter nach oben dreht, schwerem Zugang zu Wohnraum und einer zusätzlichen Verschärfung dieser Situation durch die Corona-Krise, inwieweit es zu Verletzungen des Menschenrechts auf eine angemessene Unterkunft kommt, insbesondere in Hinblick auf besonders vulnerable Gruppen und welche politischen Maßnahmen durch die Bundesregierung erforderlich wären, um eine konsequente Inanspruchnahme dieses Menschenrechts zu ermöglichen? (DIE LINKE.)

Menschenrechtliches Engagement Deutschlands in der EU und der multilateralen Zusammenarbeit

9. Wie beurteilen Sie das menschenrechtliche Engagement der Bundesregierung in der multilateralen Zusammenarbeit beispielsweise in den Gremien des VN Menschenrechtsrats und des Sicherheitsrats grundsätzlich und im Speziellen in ihrem menschenrechtlichen Engagement im Kampf gegen die Corona-Pandemie, bei dem insbesondere vulnerable Gruppen in den Fokus rücken müssen, und wie bewerten Sie die Strategien der Bundesregierung gegen die Erosion menschenrechtlicher Standards und Angriffe auf völkerrechtliche Prinzipien in der multilateralen Zusammenarbeit vorzugehen? (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
10. Wie beurteilen Sie die europäische und deutsche Flüchtlingspolitik mit Blick auf Menschenrechtsschutz entlang den EU-Außengrenzen, die diesbezügliche Zusammenarbeit mit nicht-EU Staaten und welche menschenrechtlichen Standards muss eine Neugestaltung der europäischen Flüchtlings- und Migrationspolitik gewährleisten? (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)